

## Vernetzungskonferenz „‘Nazikeule’ oder Zivilgesellschaft?“

13. September 2024, Altes Schloss, Baruth/Mark

**Referentin: Anne Brüggemann, Opferperspektive**

Die Arbeit der Opferperspektive versteht man am besten, wenn man vielleicht einen Blick in die Anfangszeiten wirft. Wir haben letztes Jahr unseren 25. Geburtstag gefeiert und kurz zurückgerechnet: 1998, die Zeit der Baseballschlägerjahre. Ich vermute, einige Zeitzeugen sind darunter, ich glaube, die anderen können sich in diesem Rahmen ja auch alle was darunter vorstellen. Eine Zeit, in der rechte Gewalt explodiert war.

Und was damals den Diskurs über rechte Gewalt sehr geprägt hat, war, dass ganz viel auf die Täter geguckt wurde. Warum sind die jungen Leute, so wurde es ja immer gesagt, alle zu Nazis geworden? Wie können wir denen helfen? Brauchen die vielleicht noch einen neuen Jugendklub? Und so weiter und so fort. Die wurden eben sicherlich an manchen Stellen auch zu Recht als Opfer einer extremen sozialen Verwerfung angesehen.

Und das war die Begründung dafür, dass es zu einer massiven rechten Gewaltwelle kam. Das war natürlich Quatsch. Da sind ja nicht alle, die jetzt irgendwie soziale Probleme haben, deswegen zu Nazis geworden.

Und was in dieser Diskussion total verlorengegangen ist, war eben der Blick auf die Betroffenen von diesen Gewalttaten. Und so erklärt sich der ein bisschen heute antiquierte Name von unserem Verein. Aber wir behalten ihn gerne bei, weil jetzt sind wir eben so bekannt geworden.

Wir wollten eben nicht die Täterperspektive aufmachen, sondern die Opferperspektive. Und da an der Seite von den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stehen. Und es ging darum, einerseits ganz konkreten

Beistand zu leisten und auf der anderen Seite aber auch überhaupt eine Öffentlichkeit dafür zu schaffen.

Weil es heute besser geworden ist, aber immer noch auch oft aus dem Blick gerät: Wer sind denn eigentlich die Betroffenen von dem, was wir hier tagtäglich in den Zeitungen lesen, und von den Diskursen, die immer, immer weiter nach rechts, ins Rechtsextreme hineinwandern. Genau. So ist es bis heute. Die Kernarbeit unserer Beratungsstelle, eben des einen Teils der Beratung, ist eben die direkte Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Außerdem machen wir Monitoring, sind so ein bisschen wie die zivilgesellschaftliche Ergänzungsstelle zur Polizei. Also seit Jahren kämpfen wir darum, dass es ein realistisches Bild gibt über das Ausmaß rechter Gewalt und Leute auch ein Verständnis davon haben, was da eigentlich passiert. Und versuchen natürlich viel, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren.

Vor allem möchte ich Euch und Ihnen so ein paar kleine Beispiele aus dem Landkreis hier zeigen, wo wir involviert waren oder auch nicht. Ich habe die bewusst anonym gelassen, um zu zeigen, wovon wir hier reden. Trotzdem vielleicht einmal ganz kurz der Blick auf Brandenburg im letzten Jahr.

Also wir machen immer einmal im Jahr so eine Statistik. Da kann man auch gerne bei uns anfragen, wenn Leute Fragen haben, wie sieht es denn bei uns in der Region aus. Und im letzten Jahr in Brandenburg gab es 244 Angriffe, rechte, rechtsextreme Angriffe mit über 400 Personen, die davon direkt oder indirekt betroffen waren.

Indirekt betroffen heißt in dem Fall zum Beispiel die Kinder, die sehen, wie ihre Eltern geschlagen werden. Also auch das ist wirklich, indirekt betroffen klingt dafür viel zu wenig. Und das waren also über 400 Personen.

Davon, von diesen 244 Angriffen, waren mehr als 140 Körperverletzungsdelikte.

Entweder gefährliche oder einfache Körperverletzungen. Der ganz, ganz überwiegende Teil der Angriffe war rassistisch motiviert. 139 dieser Angriffe.

Und so sehr auch die Debatte sich zuspitzt, und so sehr wir auch sehen, dass das politische Klima zwischen politischen GegnerInnen deutlich gewaltvoller wird, ist immer noch Rassismus das absolut dominante Tatmotiv, und zwar seit Jahren. Das beobachten wir seit 2015 in einer Exzessivität, dass es eigentlich kaum zu beschreiben ist.

Vorher war es mal ein ganz, ganz bisschen besser, wobei natürlich jede von diesen Taten zuviel ist. Es gibt aber auch die Angriffe auf politische GegnerInnen. Das wurde hier eben auch schon erwähnt von Bürgermeister Ilk, dass gesagt wurde, das muss man aushalten. Nein, wir finden, man muss das nicht aushalten. Und unserer Meinung nach ist es wichtig, dass diese Angriffe wirklich ans Tageslicht kommen. Das müssen natürlich die Leute entscheiden.

Es gibt da sehr unterschiedliche Motivationen, das privat zu halten oder in die Öffentlichkeit zu gehen. Aber wir denken, es ist unglaublich wichtig, dass wirklich alle Leute verstehen, wie sehr politische Debatten verroht sind und was manche Leute tagtäglich auf sich nehmen, weil sie ein Stückchen anders wahrgenommen werden, vielleicht ein bisschen anders sind, weil sie eine andere sexuelle Identität haben, eine andere Orientierung, weil sie sich politisch engagieren oder eben, weil sie einfach nicht für Bio-Deutsche gehalten werden oder es nicht sind. Im Landkreis Teltow-Fläming haben wir seit Beginn 2013 16 Angriffe registriert.

Und das ist kein Schwerpunkt unserer Arbeit. Aber natürlich sind das auch 16 Angriffe zu viel. Und man muss auch sagen, dass wir natürlich längst nicht alles mitbekommen.

Vielleicht ein ganz kleiner Blick darauf, was das für Angriffe sind. Ich habe hier einen gefunden, wo zum Beispiel zwei polnische Menschen in einem Auto saßen und einfach da langgefahren sind. Es kommt zu einer, wie es so schön polizeitechnisch heißt,

verkehrsbedingten Haltesituation.

Und dann werden die aus dem anderen Auto heraus beschimpft. Und es zieht sich so eine Weile, dann stellt sich das andere Auto davor. Es kommt zu weiteren Beschimpfungen. Die Situation endet damit, dass auf das Auto der beiden polnischen Leute ausschließlich aufgrund dieses polnischen Kennzeichens ein großer Stein geworfen wird.

Ein Angriff, der uns gerade sehr beschäftigt in der Beratung, ist ein sehr, sehr typischer Angriff, den wir in der Gewaltopferberatung haben, ist der von einer Familie mit vier Kindern, die hier im Landkreis leben. Und die leben in einem Mehrfamilienhaus. Und in dem Haus lebt auch jemand, der ist nicht als Nazi registriert. Der ist überhaupt noch nie aufgefallen. Und ständig terrorisiert er diese Familie. Zerkratzt den Briefkasten. Macht das Auto kaputt. Und stellt sich einfach nur hin. Verschränkt die Arme, wenn die Kinder zur Schule gehen. Und abends macht er Musik an. Hört so Beats und singt dazu die ganze Zeit ,Familie X soll sterben. Und garniert das Ganze mit rassistischen Bedrohungen.

Und solchen Fällen begegnen wir tagtäglich. Und dann ist natürlich die Frage, was kann man da machen. Also wir sind ja nur eine Beratungsstelle.

Was wir versuchen ist, so oft wie möglich Leute zu ermutigen, sich Unterstützung zu holen. Und das ist auch ein Grund, warum wir ausgesprochen gerne zu solchen Veranstaltungen gehen. Weil wir sind darauf angewiesen, dass Leute die Ohren und Augen aufhalten.

Und wenn sie den Verdacht haben, dass Leuten sowas passiert: Die aktiv ansprechen. Sowieso auch selber sagen, ich bin da, ich finde das schlecht. Ich finde das ist falsch, was da passiert. Aber eben auch Leuten anbieten, sollen wir mal gucken, ob es irgendwo eine Beratung geben kann. Und dann machen wir in der Beratung Dinge, die auch viele von Ihnen selber machen können. Und ich nehme an: auch viele Leute

machen. Erst mal zuhören. Und viele Leute schämen sich dafür, dass sie Opfer von rassistischen Straftaten werden oder von rechten Straftaten. Und trauen sich nicht darüber zu reden.

Oder aber sie haben die Erfahrung gemacht, dass Leute ihnen das nicht glauben. Und ich merke selbst - ich bin jetzt über 15 Jahre in der Beratung tätig - ich merke selbst noch, dass es mir manchmal schwer zu glauben fällt, weil man denkt, das macht doch keiner. Ich kann noch nicht ein vierjähriges Kind mit Steinen bewerfen. Oder solche Sachen. Und deswegen ist es aber so wichtig, erst mal zuzuhören und Glauben zu schenken.

Und ganz klar zu sagen, das ist Unrecht, was da passiert ist. Das darf nicht sein. Und im nächsten Schritt gucken wir dann, und da stehe ich gerne Rede und Antwort nachher in der Kaffeepause: Was kann man juristisch machen? Was gibt es vielleicht für lokale Unterstützung vor Ort? Welche weiteren Möglichkeiten gibt es, euch da zu helfen? Wollt ihr eine Anzeige machen? Braucht es irgendwelche therapeutische Unterstützung? Gibt es irgendwelche Entschädigungen? Brauchen wir irgendwelche Gelder aus irgendwelchen Fonds, um zum Beispiel die Haussicherheit zu verbessern? So verschiedene Möglichkeiten gibt es da.

Unser Monitoring zeigt, das Klima ist rauer geworden. Es haben ja auch schon mehrere gesagt, die Vorfälle nehmen zu. Und das sind größtenteils, wie gesagt, nicht gewalttätige Nazis, sondern Männer und Frauen von nebenan, von denen diese Taten ausgehen. Wir müssen davon ausgehen, dass eine Verschiebung von den politischen Diskursen, wie wir sie jetzt gerade feststellen, auch gerade in der jetzigen Asylrechts- oder Migrationsdebatte, man mag ja gar nicht mehr Asylrechtsdebatte dazu sagen. In Zeiten von solchen Verschiebungen nimmt die politische Gewalt zu.

Leute setzen das auf der Straße um, was sie tagtäglich irgendwie in den Medien gesagt bekommen. Und das ist ein riesiges Problem. Wir haben eine Schwesternberatungsstelle in Thüringen, also die machen quasi die gleiche Arbeit wie

wir, jetzt unter ungleich schwierigeren Bedingungen. Und die haben im letzten Jahr festgestellt, dass nach der Wahl des AfD-Landrates im Landkreis Sonneberg die Zahl der rassistischen und auch sonstigen rechten Gewalttaten exorbitant angestiegen ist.

Ich hätte es mir wirklich nicht vorstellen können, dass man das innerhalb von einem Jahr so sieht, aber das ist da passiert. Was tatsächlich gerade ein bisschen neu ist und was uns viel Sorgen macht, ich vermute, da werden auch andere Rednerinnen noch darauf eingehen, ist, dass gerade junge Leute vermehrt rechte und rechtsextreme Einstellungen haben. Wir haben uns früher immer Mühe gegeben zu sagen, das ist kein Jugendproblem, aber jetzt ist es wieder ein Jugendproblem geworden.

Wenn man sich Bilder anguckt von so rechten Aufmärschen in der letzten Zeit, da sind Kinder dabei. Und ich nehme an, viele von Ihnen haben auch letztes Jahr die Debatte um die Schule in Burg verfolgt, als zwei Lehrer gesagt haben, dass es viel zu viel Rechtsextremismus in ihrer Schule gibt. Wir hatten daraufhin Meldungen aus dem ganzen Landkreis.

Das Furchtbarste an dieser Debatte war, dass eigentlich ganz lange Zeit alle dachten, ihre Schule ist gemeint, bevor die eigentliche Schule benannt wurde. Also das ist wirklich ein flächendeckendes Problem in Brandenburg. (...)

Die Antidiskriminierungsberatung haben wir seit 2009, also mittlerweile auch 15 Jahre, da ist bald 15. Geburtstag. Wir hoffen sehr, sehr, dass wir die weiter ausbauen können. Das ist nämlich nach wie vor Pionierarbeit in Brandenburg, und es gibt da wahnsinnig wenig Mittel dafür, aber sie wird dringend gebraucht. Als wir die aufgebaut haben, war ein bisschen der Grund, dass wir in der Gewaltopferberatung, wir haben auch zu wenig Ressourcen, also das kann man gar nicht anders sagen, aber wir versuchen schon, aktiv nach rechten Gewalttaten zu recherchieren. Auch da sind wir auf Sie angewiesen, dass Sie durchaus uns Meldungen machen oder auch Betroffenen sagen, dass sie zu uns kommen können.

Und wenn wir dann eben Leute aufgespürt haben, die Opfer einer rechten Gewalttat geworden sind, haben die sich häufig gewundert: wieso kommt ihr jetzt, das geht doch seit Jahren so. Und diese rassistische Gewalt, die erlebt wird, ist dann eben häufig nur die Spitze des Eisberges und die hundertste oder auch tausendste Erfahrung von diskriminierenden, abwertenden Verhalten gerade von rassistisch betroffenen Menschen. Und deswegen gab es eben die Idee, man muss auch in Brandenburg eine Antidiskriminierungsberatung aufbauen.

Lange Zeit war die ausschließlich auf Betroffene von rassistischer Diskriminierung zugeschnitten. Jetzt versuchen wir mit Bundesmitteln auch, das auf alle Diskriminierungsmerkmale auszuweiten. Und freuen uns, wenn Sie unsere Öffentlichkeit teilen, um auf die Wichtigkeit dieses Politikfeldes aufmerksam zu machen.

Vielleicht noch ein paar kleine Beispiele, was so klassische Diskriminierungsfälle sind, warum sich Leute bei uns melden. Also klassische Fälle sind gerade in ländlichen Regionen. Der Bus nimmt Menschen nicht mit, weil sie ein Kopftuch haben zum Beispiel. Und dann fährt der Bus, der einmal die Stunde kommt, vorbei. Eben, was ich schon gesagt hatte, die Kinder werden in der Schule ungerecht behandelt. Es gibt rassistische Taschenkontrollen beim Einkaufen. Es passiert das hundertste racial profiling. Das alles sind Momente, wo sich dann Leute nach vielen Erfahrungen entschließen, jetzt suche ich mir Unterstützung und gehe zur Antidiskriminierungsberatung. Und auch da heißt es: erstmal zuhören.

Auch da heißt es zu gucken: was wünschen sich die Betroffenen. Und dann wird gemeinsam weiter geguckt, ob so ein Entlastungsgespräch schon reicht, ob man gemeinsam zu der diskriminierenden Stelle geht, ob man die Leute fit macht, zu der Stelle hinzugehen oder vielleicht auch sogar eine formale Klage nach dem Gleichbehandlungsgesetz in manchen Fällen macht.